

# Psyche belastet: 107 Millionen Fehltage

Vor allem Männer zwischen 60 und 65 Jahren betroffen – Bundesregierung sieht Unternehmen in der Pflicht

**BRAUNSCHWEIG/BERLIN.** Die Zahl der Krankentage wegen psychischer Probleme hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Sie stieg von rund 48 Millionen im Jahr 2007 auf 107 Millionen im Jahr 2017, wie es in einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Linken-Anfrage heißt.

Die daraus entstehenden wirtschaftlichen Ausfallkosten stiegen demnach im selben Zeitraum von 12,4 auf 33,9 Milliarden Euro.

Die Zahlen basieren auf Sozialversicherungsdaten und Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Daten für 2018 liegen noch nicht vor. Männer kamen nach Angaben des Arbeitsministeriums auf eine deutlich höhere Zahl an psychisch bedingten Krankheitstagen als Frauen, ältere Beschäftigte meldeten sich häufiger krank als jüngere. Die meisten Krankentage aus psychischen Gründen verzeichneten 2017 Männer zwischen 60 und 65 Jahren (434 Ausfalltage auf 100 Versicherte).

Am untersten Ende der Skala lagen Frauen zwischen 15 und 20 Jahren mit 21 Ausfalltagen auf 100 Versicherte. Grundsätzlich aber seien bei beiden Geschlechtern und in allen Altersgruppen die Krankentage in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen zwischen 2008 und 2017 gestiegen, hieß es.

Laut Ministerium stieg zwischen 2007 und 2017 auch die Zahl der Renteneintritte wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Störungen von rund



Ein e hohe Arbeitsbelastung macht Beschäftigte in Branchen wie dem Gesundheitswesen anfällig für psychisch bedingte Erkrankungen.

Foto: dpa

53 900 auf mehr als 71 300. Dies bedeute ein Plus von 32,3 Prozent. Während der Anteil der Rentenzugänge aufgrund psychischer Störung an allen Rentenzugängen im Jahr 2007 noch bei 33,4 Prozent lag, stieg er 2017 auf 43 Prozent. Im Vergleich zu 1997 mit einem Anteil von 20,7 Prozent ist dem Arbeitsministerium zufolge bis 2017 sogar mehr als eine Verdoppelung zu verzeichnen.

Die Bundesregierung verweist vor allem auf das Gesundheits- und Sozialwesen sowie das Gastgewerbe als Bereiche, die besonders von psychischen Arbeitsanforderungen betroffen seien. Dazu zählten ein starker Termin- und Leistungsdruck sowie die Anforderung, verschiedene Arbeiten gleichzeitig zu betreuen und mit hohem Tempo zu arbeiten.

Der Anteil der Beschäftigten, für die bis 2015 eine Gefährdungsbeurteilung psychische Belastungen durchgeführt wurde, nehme mit der Größe des Betriebes zu. In Betrieben unter zehn Beschäftigten liege der Anteil bei 15 Prozent, in Betrieben mit über 250 Beschäftigten bei 70 Prozent.

Die Bundesregierung sieht bei der Bekämpfung der Stressfaktoren in erster Linie die Arbeitgeber

in der Pflicht: Gegen psychische Belastungen würden keine neuen Arbeitsschutzregeln helfen, erklärte das Ministerium. Ziel müsse es vielmehr sein, Betriebe und Beschäftigte zu befähigen, das vorhandene Arbeitsschutzinstrumentarium zu nutzen, um Gesundheitsrisiken durch psychische Belastungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. (dpa)